

Ärztenetz kritisiert vertragslosen Zustand

Im Streit um die palliativmedizinische Versorgung in Bremen-Nord ist keine Einigung in Sicht.

Von Jürgen Theiner

Bremen-Nord. In der palliativmedizinischen Versorgung bleibt Bremen-Nord vorerst ein weißer Fleck auf der Landkarte. Bei einer gut besuchten Podiumsdiskussion gelang am Mittwochabend noch kein Brückenschlag zwischen Medizinern, Kostenträgern und Gesundheitspolitikern. Den Kassen ist das Angebot des örtlichen Ärztenetzes schlicht zu teuer.

Rund 100 interessierte Zuhörer - zu meist Angehörige todkranker Patienten - waren der Einladung des Ärztenetzes Bremen-Nord zu der Veranstaltung gefolgt. Der um Neutralität bemühte Allgemeinmediziner Peter Rudolph führte als Moderator zunächst in das Thema ein. Unter Palliativmedizin (von lat. pallium = Mantel, im Sinne von Einhüllung und Linderung) wird die ärztliche, pflegerische und psychologische Betreuung sterbenskranker Menschen verstanden. Es geht nicht mehr um Heilung, sondern darum, dem Patienten in der letzten Phase seines Lebens unnötige Qualen wie Luftnot, Übelkeit und Schmerz zu ersparen.

Im stadtbremer Raum haben die Krankenkassen für die häusliche Betreuung solcher Todkranken einen Versorgungsvertrag mit Fachleuten des Klinikums Links der Weser und eines speziell qualifizierten Pflegedienstes abgeschlossen. Diese Konstruktion hat sich offenbar bewährt, doch ist besagter „Ambulante Palliativdienst Bre-

men“ bisher nur ganz vereinzelt nach Bremen-Nord ausgerückt. „An der Lesumbrücke ist für uns Schluss, unsere Kapazitäten reichen gar nicht aus“, bestätigte ein Mitarbeiter des Dienstes gleich zu Beginn der Diskussion.

Das Ärztenetz Bremen-Nord bietet an, die Versorgungslücke mit qualifizierten Kräften zu füllen - aber man lässt es nicht, beklagte der Sprecher des Medizinerverbundes, Dietmar Heupel. Nach seiner Darstellung weigern sich die Krankenkassen, einen 2009 vorgelegten Vertragsentwurf zu unterzeichnen. Bemühungen, den Disput auf dem Verhandlungsweg zu lösen, seien vor zwei Monaten ergebnislos abgebrochen worden.

Mit dieser Schuldzuweisung an die Kassen war gewissermaßen das Tribunal über Olaf Woggan eröffnet. Der AOK-Direktor für das Vertragswesen saß als einziger Vertreter der Kostenträger auf dem Podium und zog alle Pfeile auf sich. Nicht nur aus dem Publikum und von der versammelten Ärzteschaft, sondern auch von Bürger schaftsabgeordneten der SPD und CDU wurde Woggan ordentlich in die Mangel genommen. Die Sozialdemokratin Ursula Arnold-Cramer ermutigte Palliativpatienten und deren Angehörige sogar, den Klagenweg zu beschreiten und so „den Krankenkassen Beine zu machen“.

Der AOK-Vertreter wehrte sich tapfer. Dass für Bremen-Nord noch kein Versorgungsvertrag abgeschlossen worden sei,

liege nicht an der Bösartigkeit der Kassen. Das Ärztenetz sei mit seinem Angebot ganz einfach teurer als die Partner in Bremen-Stadt. „Wir werden nicht für gleiche Leistungen verschiedene Preise bezahlen“, bat Woggan um Verständnis. Wenn das Ärztenetz in diesem Punkt einlenke, „unterschreibe ich noch heute Abend einen Vertrag.“

Dietmar Heupel widersprach. Das Angebot des Ärztenetzes sei nicht teurer, sondern anders aufgezo gen als das stadtbremer Modell. Es setze auf eine enge Verzahnung von palliativmedizinischer und hausärztlicher Versorgung der Todkranken.

Erste Erfahrungen mit einem ähnlichen Konstrukt in Hessen deuteten darauf hin, dass diese Lösung unterm Strich für die Kostenträger sogar günstiger ist als die sogenannte Volivversorgung durch einen palliativmedizinischen Spezialdienst. Auf AOK-Vertreter Woggan schien dieses Argument keinen nachhaltigen Eindruck zu machen. Immerhin bot er an, innerhalb der nächsten vier Wochen einen weiteren Gesprächstermin anzuberaumen und die Zahlen abermals abzugleichen. Ein schwacher Hoffnungsschimmer also für jene Nordbremer Patienten, die auf palliativmedizinische Versorgung hoffen.



Bei der Podiumsdiskussion zur palliativmedizinischen Versorgung in Bremen-Nord ging es recht kontrovers zu. AOK-Direktor Olaf Woggan (3. von links) wehrte sich vehement gegen den Vorwurf, die Kassen nähmen eine Blockadehaltung ein. FOTO: CHRISTIAN KOSAK